

ware

ze und Plantox-
die Küche, wenn
herzustellen oder
en. Erhältlich in
mburg-Bremen

ichter.

mittags 2 Uhr

Verbandes

aus,
mlichem Gemüße,
n. Gemüthsüchter.
t, ist willkommen.
einproving.

Turn-
verein

heute bei Vor, am
tag, den 15. d. M.,
7 1/2 Uhr, in der
e des Gymnasiums
gegen d. Hebräer.
Der Turnzeit.

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:
berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

berbafte Rant.
erding, d. 22. d. M.,
6 Uhr, im Lokale
Müller:

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Seitendruck Nr. 55.

Seitendruck Nr. 55.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten in Neuß in's Haus gebracht Mk. 2.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto Nr. 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem lauffähigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Neben dem Anzeigenpreis für die 9spaltige Seite von 55 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich von 70 Pfg., und für die 4spaltige Reklamespalte von 2 Mk., kommt ein Leerungszuschlag von 10% in Anrechnung. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages.

Nr. 13.

Redaktion: Jol. Grunau.

Mittwoch, 14. Januar 1920. (Fest.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

47. Jahrgang.

Ueber den Parteitag der Bayerischen Volkspartei

Bringt das Neue Münchener Tagblatt einen, wie die Frankf. Ztg. sich aus München melden läßt, „offenbar offiziellen“ Bericht. Da man auf einen eingehenden Bericht gespannt sein mußte, glauben wir zur Orientierung unserer Leser diesen in der Hauptsache wiedergeben zu sollen. Können jedoch auch an dieser Stelle unser Bedauern über die unzulängliche Schärfe der ja gewiß tiefgehenden Reaktion gegen manche Begleiterscheinungen der jüngsten Politik nicht unterdrücken.

In der Aussprache über die Frage des Verbleibens in der Zentrumsfraktion verurteilte der Vorsitzende der Fraktion der Bayerischen Volkspartei in der Nationalversammlung, der Bamberger Domberger Domkapitular Abg. Reichert, der Trennung entgegenzustehen. Er nahm die Abgeordneten der bayerischen Gruppe, die geschlossen für die Reichsversammlung gestimmt hatten, gegen den Vorwurf des Landesverrats in Schutz. Das Scheitern der Versammlung wäre das Zeichen zu einer neuen Revolution gewesen. Die Bayerische Volkspartei sei in die Zentrumsfraktion eingetreten aus dem Bewußtsein, sich an eine große Partei anzuschließen, mit der sie gemeinsame Grundfälle verbanden. Eine starke Partei sei notwendig, die die kulturellen Güter schütze. Wenn die Arbeitsgemeinschaft gelöst werde, so spiele die bayerische Gruppe in der Nationalversammlung eine völlig bedeutungslose Rolle. Wäre sich allerdings auch das Reichszentrum und der allgemeine Zentrumsparteitag auf den Standpunkt des Abtruges der preussischen Landesversammlung stellen, so müßte die Arbeitsgemeinschaft gelöst werden. Bis zu einer Stellungnahme seiner Instanzen solle der endgültige Entscheid verschoben werden.

Der Führer der christlichen Arbeiterorganisation, Reichsabgeordneter Schirmer, und der Abgeordnete Professor Dr. Beyerle sprachen sich gleichfalls entschieden gegen die Trennung vom Zentrum aus. Diese werde folgenschwere Konsequenzen haben. Die Bayern müßten aus allen Ausschüssen ausscheiden und könnten an wichtigen kulturellen Gängen dann nicht entsprechend mitarbeiten. Reichsminister Dr. Mayer werde dann von seinem Posten gedrückt werden. Ein solcher Anlaß zur Trennung sei auch durchaus nicht gegeben.

Abg. Wertheimer hielt es gleichfalls für verfehlt, aus dem Zentrum auszuscheiden, da hierdurch dem föderalistischen Gedanken in seiner Weise gedient werde, vielmehr würden sich die Bayern jedes Einflusses berauben. Es sei auch zu bedenken, was das katholische Deutschland bedeuere, wenn die deutsche Zentrumsfraktion geschwächt werde.

Der Vorsitzende der bayerischen Landtagsfraktion Abg. Heide trat jedoch mit großer Schärfe gegen ein weiteres Verbleiben in der Zentrumsfraktion ein. Die Unmöglichkeit in der bayerischen Volkspartei seien letzten Endes aus der Reichsverfassung entstanden. Der föderalistische Gedanke im Zentrum sei immer mehr erloschen worden. Erberger, Heidebach usw. seien das Gegenbild von Föderalisten. Der erste staatspolitische Grundsat des Zentrums aber habe Wahrung des föderalistischen Gedankens gewesen. Es bestünde kein Zweifel, daß das Zentrum stark geschwächt werde, wenn die bayerische Gruppe ausseide. Die Mode Erberger in Stuttgart aber habe dem Fah den Boden ausgeschlagen. Wenn man die früheren Führer so behandle, die Revolution, verheerliche und von ihren guten Wirkungen rede, dann übersteige das alles Maß. (Großer Beifall.) Wenn die Zentrumspartei im Reich Wert darauf legt, daß wir Verbindung mit ihr haben, dann soll sie den Abg. Erberger zu den Sozialdemokraten abschicken. (Stürmischer Beifall.) Wenn das Zentrum einen Wert auf unsere Mitarbeit legt, so müßte es von Erberger abtreten. Wird heute nicht ein klares Verhältnis zur Reichsversammlung geschaffen, dann droht der bayerischen Volkspartei der Zusammenbruch. Es sei unbedingt notwendig aus Gründen der innerbayerischen Politik, den Trennungsschnitt zu machen. Der Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft des Zentrums bedeute noch nicht Feindschaft mit der großen Partei.

Justizrat Reiser (Kaiserslautern) erklärte, wenn Windthorst Erberger Rede in Stuttgart lesen könnte, würde er sich im Grunde undredend. Wir wollen nicht preussisch werden, weil Preußen der Gewaltstaat ist und war. Das Zentrum im Reich hat die alten Prinzipien des Föderalismus verlassen und sich damit von uns getrennt, nicht wir von ihnen. Das Unglück des Zentrums ist der Name Erberger. Erberger ist nicht mehr der Zentrumsmann, er ist latenter Sozialist.

Der Antrag Dr. Heim, daß die Fraktion der bayerischen Volkspartei in der Nationalversammlung sofort die Arbeitsgemeinschaft mit der Zentrumsfraktion der Landesversammlung lösen solle, wurde darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Zu der Frage der Einigung des Christlichen Bauernvereins mit dem Bayerischen Bauernbund erklärte Dr. Heim nach dem vorliegenden Bericht nur, daß die Verhandlungen noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt hätten. Die Generalversammlung des Christlichen Bauernvereins werde darüber zu entscheiden haben. Von den Grundfragen der Bayerischen Volkspartei, vor allem auf kulturellem Gebiete, würde nichts preisgegeben.

„Helene von Halben?“ sprach der Baron ganz erschrocken und gedehnt nach.

„Ja wohl,“ fuhr Constanze fort; sie gab sich den Anschein, als bemerke sie nichts von dem, was in ihm vorging. „Ich lernte sie zu W... im Hause der Gräfin von Mehteren kennen, und sie gewann sehr bald nicht allein meine Achtung, sondern sogar meine innigste Freundschaft. Ich bemerkte, daß sie im Hause der Gräfin, einer Frau von höchst schwierigem Charakter, nicht glücklich lebte, und weil ich damals eben auf dem Punkte stand, mich mit Ostig zu verheiraten, bot ich ihr mein Haus an, weil meine arme Helene keine Eltern mehr hat. Ich muß gestehen, nichts würde mich glücklicher gemacht haben, als wenn sie mein Anerbieten angenommen hätte. Allein sie zog es vor, in das Haus der guten Luise Brand zu ziehen, obgleich sie ganz dazu geschaffen ist, in der Welt zu glänzen. Sogar in den wenigen Monaten, als sie zu W... in der Gesellschaft erschien, hat sie durch ihre Schönheit und ihre Talente alles bezaubert, und es würde ihr ein Reichthum gewesen sein, eine der glänzendsten Parteien zu machen. Ich glaube —“

„Sie war sehr schön,“ sagte Constanze mit einem zerkauften Miene und dem Anschein, nach ganz in Gedanken versunken. „Daher die Bewunderung eines sehr liebenswürdigen, angesehenen Mannes, eines besonderen Freundes von Ostig, abgelehnt hatte, und wahrscheinlich befürchtete sie, in unserm Hause mit ihm wieder zusammen zu treffen.“

„Gnädige Frau,“ bat der Freiherr, oder vielmehr er forderte, denn sein Ton war nichts weniger als sanft, und die Miße, die er sich gab, ihn zu dämpfen, gab ihm etwas Gewaltthätiges; „gnädige Frau, wollen Sie wohl die Güte haben, mir zu sagen, wen dies alberne Gerücht als denjenigen bezeichnet, der sich von — von Fräulein von Halben zurückgezogen gesehen habe?“

Constanze hatte sich vorgenommen, erschrocken zu scheitern, wenn der Baron eine ähnliche Frage, die sie herbeizuführen wünschte, an sie richten werde. Sie hatte aber nicht nötig, zu heucheln; denn seine raube Art und Weise machte sie wirklich bestürzt.

„Nun, es war bekannt,“ sagte Constanze mit einer zerkauften Miene und dem Anschein, nach ganz in Gedanken versunken. „Daher die Bewunderung eines sehr liebenswürdigen, angesehenen Mannes, eines besonderen Freundes von Ostig, abgelehnt hatte, und wahrscheinlich befürchtete sie, in unserm Hause mit ihm wieder zusammen zu treffen.“

„Gnädige Frau,“ bat der Freiherr, oder vielmehr er forderte, denn sein Ton war nichts weniger als sanft, und die Miße, die er sich gab, ihn zu dämpfen, gab ihm etwas Gewaltthätiges; „gnädige Frau, wollen Sie wohl die Güte haben, mir zu sagen, wen dies alberne Gerücht als denjenigen bezeichnet, der sich von — von Fräulein von Halben zurückgezogen gesehen habe?“

Constanze hatte sich vorgenommen, erschrocken zu scheitern, wenn der Baron eine ähnliche Frage, die sie herbeizuführen wünschte, an sie richten werde. Sie hatte aber nicht nötig, zu heucheln; denn seine raube Art und Weise machte sie wirklich bestürzt.

„Nun, es war bekannt,“ sagte Constanze mit einer zerkauften Miene und dem Anschein, nach ganz in Gedanken versunken. „Daher die Bewunderung eines sehr liebenswürdigen, angesehenen Mannes, eines besonderen Freundes von Ostig, abgelehnt hatte, und wahrscheinlich befürchtete sie, in unserm Hause mit ihm wieder zusammen zu treffen.“

„Gnädige Frau,“ bat der Freiherr, oder vielmehr er forderte, denn sein Ton war nichts weniger als sanft, und die Miße, die er sich gab, ihn zu dämpfen, gab ihm etwas Gewaltthätiges; „gnädige Frau, wollen Sie wohl die Güte haben, mir zu sagen, wen dies alberne Gerücht als denjenigen bezeichnet, der sich von — von Fräulein von Halben zurückgezogen gesehen habe?“

Constanze hatte sich vorgenommen, erschrocken zu scheitern, wenn der Baron eine ähnliche Frage, die sie herbeizuführen wünschte, an sie richten werde. Sie hatte aber nicht nötig, zu heucheln; denn seine raube Art und Weise machte sie wirklich bestürzt.

Aus dem Reich.

Nach eine „Landbesprechung.“
Durch die rechtsrheinische Presse ging folgendes ergötzliche Geschichtchen: „War da kürzlich in Osnabrück eine Domherrnstelle zu besetzen. Wie üblich hatte das Domkapitel drei geeignete Theologen vorgeschlagen, aus denen ein Nachfolger ausgewählt wird. Für die Auswahl ist in der Diözese Osnabrück anstelle des Königs jetzt die Staatsregierung zuständig, das heißt das gesamte preussische Ministerium. Jeder, der eine Meinung von kirchlichen Dingen hat, weiß, daß ein katholischer Domherr heutzutage nur kirchliche Verordnungen auszusprechen hat. Diese Kenntnis der Dinge scheint es bei allen Mitgliedern des preussischen Staatsministeriums nicht zu geben, denn es ereignete sich folgendes: Von der ausländischen Stelle wurde aus den drei Kandidaten einer ausgewählt und in Vorschlag gebracht. Dieser Vorschlag wurde sämtlichen preussischen Ministern vorgelegt, die ihn gegengezeichnet. Nur der sozialdemokratische Landwirtschaftsminister Braun machte eine Ausnahme; er glaubte besonders frag zu sein, wenn er bedenken hauperte, und zwar wurde das in folgender Form gemacht: Der Minister nahm ein Stück Papier und schrieb mit Tintenstift darauf: Warum schon wieder ein Geistlicher? Ich bin dagegen, daß man immer Theologen heranzieht. Man sollte doch besser einen Gelehrten oder einen Mann der Schule mit diesem Amt betrauen.“

Mit dieser geistvollen Bemerkung wanderte nun das Ministerium an die Staatsregierung zurück. Jeder Kommentator überflüssig! Jetzt nur noch, daß die Regierungstellen für den zuerst vakanten Stuhl des Rdnern Erzbischofs Edward Bernheim oder A. Kammich vorgeschlagen.

Ein Mißgeschick.
Reichspräsident und Reichsregierung erlassen eine Rundgebung an die aus dem Verbanne des Deutschen Reiches auscheidenden Deutschen.

Kleine Nachrichten.
* Berlin, 11. Jan. Generalfeldmarschall von Hindenburg keilt mit: In Weihnachten und Neujahr sind mir wiederum zahlreiche Briefe, Telegramme und Karten zugegangen. Ueber diese Zeichen wohlwollender Zustimmung bin ich unendlich erfreut, vermag ich aber nicht einzeln zu beantworten. Ich muß mich daher darauf beschränken, auf diesem Wege meinen Dank auszusprechen und die treuen Wünsche zu erwidern.

* Berlin, 11. Jan. Der Reichspräsident hat gegen die Unabhängigkeit nationalliberale Korrespondenz und gegen die Ostpreussische Zeitung

Strafantrag wegen im Zusammenhang mit dem Fall Scharf gegen ihn erhobene beleidigende Angriffe gestellt.

Von Mari Dieblich ist ein Band mit Briefen erschienen, die er aus dem Feste, aus der Untersuchungshaft und aus dem Zuchthaus an seine Gattin und an seine Kinder aus erster Ehe geschrieben hat.

Wie italienische Blätter melden, sei dem Fürsten Bialow zu verstehen gegeben worden, daß seine Vamosenzeit in Rom derzeit unvollkommen sei und daß sie der italienischen Regierung Unannehmlichkeiten bereiten könnte. Infolgedessen wird sich der ehemalige deutsche Reichsstatthalter noch in diesem Winter nach Bayern begeben.

In der Nacht zum Freitag sind aus der Druckerei in Garmisch, in der die Geldscheine der Niederländischen Bank gedruckt werden, Banknoten im Werte von 4—500 000 Gulden gestohlen worden. Auf diesen Banknoten fehlt teilweise die Nummerierung, teilweise die Unterschrift.

* Essen, 11. Jan. Der Gewerkschaftsbund der Eisenbahnbeamten überließ durch die Direktion Essen mitteilen, daß die Beamtenschaft des Bezirks überließ sich mit der Bewilligung von 150 v. H. Teuerungszulage zufrieden erklärt und in einen Streik nicht eintreten wird. Die Richterbildung der Kinderbeihilfe bilde keinen Streitgrund.

Nach Friedensschluß.

Die Auslieferung des Hafenmaterials.
Das besondere Schreiben, das am Samstag nach dem Austausch der Urkunden dem deutschen Vertreter Freiherrn von Lersner übergeben wurde, hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

Nachdem das Zusatzprotokoll vom 1. November unterzeichnet ist und daraufhin auch die Friedensunterhandlungen niedergelegt worden sind, wollen die alliierten und assoziierten Mächte der deutschen Regierung gegenüber die Versicherung erneuern, daß sie, indem sie die notwendigen Ersatzleistungen für die Verletzung der Schiffe in Scapa Flow beanspruchen, nicht berücksichtigen, den wirtschaftlichen Lebensinteressen Deutschlands Eintrag zu tun.

Nachdem die Sachverständigen der alliierten und assoziierten Mächte zu der Auffassung gekommen sind, daß ein Teil der Auskünfte, auf die sie ihre Forderung von 400 000 Tonnen Schiffsmaterials gegründet haben, ungenau gewesen sein können, glauben sie, daß sie einen Irrthum hinsichtlich der 80 000 Tonnen Schwimmboots bequamen haben können. Wenn die Nachforschung des Prüfungsausschusses einen solchen Irrthum tatsächlich feststellt, werden die Mächte ihre Forderung auf 300 000 Tonnen herabsetzen und sogar noch weiter, wenn die Notwendigkeit dafür nachgewiesen werden

war nicht ihrer selbst wegen, sondern um des großen Widerstandes willen, den sie mit den Regeln des Anstandes bildete. „Ich bitte tausendmal um Verzeihung, Herr Baron,“ stammelte sie, und tat doch noch erschrockener, als sie wirklich war; „ich fürchte, ich habe Sie unabsichtlich beleidigt. Ich war aber so in Anspruch genommen von meinem Gegenstande, daß ich einen Augenblick vermaß, wie Sie, so zu sagen persönlich dabei beteiligt sind.“

„Wie? gnädige Frau, wie verstehen Sie das?“ fragte Bruchland, und sein Gesicht wurde dunkelrot, sein Atem gleich einem gelinden Schnauben.

„Es tut mir auferst leid, daß ich so unvorsichtig war,“ sagte Constanze, „eine Seite zu berühren, die, wie ich sehe, so peinliche Gefühle in Ihnen erregt. Die Sache war freilich unangenehm für Ihren Herrn Sohn; aber in seinen glänzenden Verhältnissen, und zerstreut durch die schöne Reise, die er unternommen hat, wird er das höchstens, welches ihm meine arme Helene gegeben hat, jetzt längst verschmerzt haben.“

„Wie?“ brauchte der alte Herr auf; „hat sie die Unverschämtheit gehabt, zu behaupten, sie habe meinem Sohne einen Korb gegeben?“

„Herr Baron,“ antwortete Constanze und nahm eine sehr beleidigte Miene an, „Fräulein von Halben ist viel zu bescheiden, um jemals der Sache zu erwähnen; vielmehr haben die Nachherungen, die ich aus dem Munde Ihres Herrn Sohnes selbst vernommen, mich zu der Annahme berechtigt, daß Helene ihn abgewiesen hat.“

„Der dumme Junge!“ brummte der Baron. „Ich selbst eine solche Wut zu geben! Er hätte wenigstens hinzufügen sollen, daß ich es war, der das Mädchen zu diesem Verfahren bewog. Sie hätte gern genug seine Hand angenommen, wenn nur ich meine Einwilligung nicht verweigert hätte.“

„Sie, Herr Baron?“ fragte Constanze. Sie sah den alten Herrn so furchtbar erlitten an, als ob sie anfangs, an seinem Verstand zu zweifeln. Sie haben Ihre Einwilligung zu einer Verbindung vorenthalten, von der Ihres Sohnes ganzes Glück abhing? Wie ist das nur möglich?“

„Nun, meine schöne, romantische Frau Baronin, weil diese Heirat eine höchst unpassende gewesen wäre,“ entgegnete der Baron in gereiztem Tone.

(Fortsetzung in der Samstags-Ausgabe.)

Die Getrennten.

Novelle von Maria Bengen.

(Fortsetzung.)

„Wie ist es möglich,“ sagte sie sich, „daß sie in so manchen Dingen so gleichartig fühlen und denken, und in dem einen Punkte, von dem das ganze Bruchland ganzes Glück abhängt, einander so feindselige Ansichten hegen? Der alte Herr kann nicht so hartnäckig in dieser Sache sein, wie sein Sohn behauptet; gewiß ist sie ihm nicht richtig dargestellt worden. Ich will es heute noch versuchen, sie ihm unter einem andern Gesichtspunkte zu zeigen.“

Sie führte ihr Vorhaben aus. Als nach dem Mittagessen in den Gesellschaftszimmern Musik gemacht, Karten und Billard gespielt und in dem entferntesten Saale geraucht wurde, glitt Constanze von Gruppe zu Gruppe, um die Gelegenheit zu ergreifen, einige Zeit ungestört mit dem Baron Bruchland zu sprechen. Sie würde sich sogar in die von ihr so sehr gefürchtete Atmosphäre des Rauchzimmers gewagt haben, wäre es zur Erreichung ihrer Absicht nötig gewesen; aber ein solches Opfer sollte ihr doch erspart bleiben. Sie entdeckte den Freiherrn an einem Seitentische im Billardsaale, wo er in einer Mappe mit Kupferstichen blätterte, offenbar weil er nichts Besseres zu tun hatte. Augenblicklich war sie an seiner Seite.

„Werden Sie morgen die Juchsjagd mitreiten, Herr Baron, oder werden wir Frauen das Vergnügen haben, Sie einmal einen ganzen Tag für uns zu behalten?“ fragte sie in ihrem freundlichsten Tone.

„Nein, ich reite mit, gnädige Frau, wenn Sie erlauben,“ sagte er, sich mit etwas altbayerischer Höflichkeit gegen seine schöne Wirtin verbeugend. „Wie ich von Herrn von Ostig höre, soll das Terrain ausgezeichnet für die Jagd und doch auch nicht zu schwierig für einen schon etwas schwaefeligen alten Reiter sein, wie ich bin.“

„Sie dürfen sich selbst nicht verleumden, Herr Baron; mein Mann sagt mir, daß Sie ausgezeichnet reiten.“

„Nun, nun,“ versetzte Bruchland, und es klang in seiner Stimme durch, daß er sich etwas geschmei-

chelt fühlte, „einen festen Sitz habe ich wohl noch; aber was sonst zu rühmen wäre, läme wohl mehr auf Rechnung des Pferdes, als des Reiters. Mein Stierus legt allerdings unvergleichlich über die schwersten Sprünge.“

„Das freut mich,“ erwiderte Constanze; „denn mit der Leichtigkeit des Terrains dürfte es doch nicht so ganz seine Richtigkeit haben. Sie wissen, die Jagd wird sich jenseits des Waldes nach Vertheidigung hinziehen.“

„Verschiebt?“ fragte Bruchland, sich befinnend. „Ein kleiner Ort; Sie sind durchgekommen auf Ihrer Herreise, Herr Baron. Es war Ihre letzte Station vor Golbbeck.“

„Mir dünkt, es ist immerhin weit von hier.“

„Bemerklich weit; ich glaube, die Entfernung beträgt zwei Meilen. Ostig hat in dieser Richtung ein ziemlich ausgedehntes Jagdgebiet; es erstreckt sich fast bis vor die ersten Häuser von Vertheidigung.“

„Sie scheinen wohl bekannt damit zu sein, gnädige Frau; ich weiß nicht, daß Sie sich für Reiten und Jagden interessieren.“

„Das tue ich freilich nicht, Herr Baron; doch habe ich meinen Mann einige Male begleitet, als er über die Kreuzfelder Heide ritt; allerdings nicht, um wie er, die mutmaßliche Richtung zu berechnen, welche die Jagd nehmen wird, sondern um nach Vertheidigung hineinzureiten und dort meine Freundinnen zu besuchen.“

„Ihre Freundinnen?“ — In Vertheidigung, gnädige Frau?“ fragte der Baron mit einem höchst ergötzlichen Erstaunen.

„Ja wohl, Herr Baron; wie nennt Sie das?“ fragte Constanze dagegen und sah ihn so nettlich an, daß er ein wenig außer Fassung kam.

„Verzeihen Sie, gnädige Frau; ich wollte nicht, daß es in Vertheidigung ein Gastell oder — oder einen adeligen Hof, oder etwas dergleichen gibt.“

„Dergleichen gibt es dort auch nicht,“ erwiderte Constanze lächelnd. „Meine beiden Freundinnen bewohnen ein ganz beschiedenes Haus, und die eine — meine liebe Jugendgepielin — ist die Frau eines Arztes. Ja, ja, ich habe bürgerliche Reigungen, Herr Baron; und um nicht ganz in Ihrer Achtung zu sinken, will ich schnell hinzufügen, daß die andere meiner Freundinnen von eben so gutem Hause ist wie ich; es ist ein Fräulein Helene von Halben.“

zu kaufen gesucht.
R. Schmitt, Düsseldorf
Heerdt, Burgunderstr.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Gründungsnummer Nr. 55.

Gründungsnummer Nr. 55.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage, Feiertage und als Beilage das St. Quirinusfest. Preis für den Monat durch Boten in Neuß in's Haus gebracht Mk. 2.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Nr. 41800.



Angaben finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Neben dem Anzeigenpreis für die 9-spaltige Zeile von 55 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich von 70 Pfg., und für die 4-spaltige Zeile von 2 Mk., kommt ein Teuerungszuschlag von 10% in Anrechnung. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages.

Nr. 14.

Redaktion: J. G. Grunau.

Mittwoch, 14. Januar 1920. (Feiertag)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

47. Jahrgang.

Sind unsere Eltern vorbereitet?

Von Dr. P. Müller, Düsseldorf.

Die Entscheidung über die geistige Zukunft Deutschlands, über seine Religion und Sittlichkeit ist vor allem in die Hände unserer Eltern gelegt; denn der Geist der Zukunft wird in der Schule der Gegenwart geschaffen. Welchen Geist aber diese Schule vermitteln soll, das ist durch Artikel 146 der zweiten Reichsverfassung dem Bundesrat und dem Reichstag vorbehalten. Es kommt hinzu, daß sich unter den Eltern ein sehr großer Teil derjenigen befindet, die bei den politischen Wahlen durch ihren Stimmzettel der deutschen Kulturpolitik die Richtung weisen. Sind unsere Eltern sich der großen Macht und Verantwortung bewußt geworden? Sind sie sich klar über die unabsehbaren Folgen ihrer bevorstehenden Entscheidung? Was muß noch geschehen, damit die Eltern dabei für den Geist Christi eintreten und nicht dem leeren und leeren Anglauben ihre Schulen, ihre Familien und das ganze Vaterland überantworten? Es handelt sich um eine dreifache Entscheidung:

1. Die erste Entscheidung fällt in den Parlamenten, und also nicht unmittelbar durch die Eltern gefällt, sondern durch die von ihnen in die gesetzgebenden Versammlungen entsandten oder wieder zu entsendenden Volksvertreter. Aber die Schulgesetze hängen im demokratischen Deutschland einzig davon ab, wie die Weltanschauungs-Gruppen in den Parlamenten verteilt sind. Derzeit für Ende Januar d. J. ist das Reichs-Schulgesetz angehängt, das zunächst über den religiösen Charakter der Schule entscheiden soll. Nach der Tagung der für den April dieses Jahres geplanten Reichskonferenz soll sofort das große Reichsschulgesetz beraten und verabschiedet werden. Möglicherweise sollen die Kommissare der einzelnen Staaten, unter Umständen auch die Vertreter der Provinzen, dieses Gesetzgebungsorgans bis in seine letzten Einzelheiten hinein vollenden.

Da die Schule an erster Stelle eine Angelegenheit der Eltern ist, müssen diese über die schwerwiegenden politischen Schulprobleme der aller-nächsten Zeit gründlich aufgeklärt werden, damit nicht dem radikalen Unglauben die Arbeit gar zu leicht gemacht wird, und damit unter Umständen durch den einschlässigen Widerstand der Eltern das größte Unheil verhindert werden kann. Es wäre ein unendlich trauriges Zeichen der Zeit, wenn man zwar bei der Beratung und beim Erlass der neuen wirtschaftlichen Gesetze in allen beteiligten Kreisen eine starke Bewegung, ja Aufregung, entdecken könnte, wenn aber das deutsche Elternhaus zu allen, auch den radikalsten Schulgesetzen, teilnahmslos schwiege. Möge also allen Eltern und sofort eine umfassende und gründliche Aufklärung unter die Eltern gelangen werden. Die freien katholischen Elternvereine und Elternvereinigungen sind dafür die geeigneten Organe.

2. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß den neuen mütterlichen Eltern eine große Bedeutung immanen wird. Jedemfalls werden die Eltern sehr bald an die Urne gerufen werden. Von dieser Wahl erhoffen die Gegner der konfessionellen Schule eine erste Massenentscheidung zu ihren Gunsten; deshalb ihre bisherige rastlose Agitation, zumal in den sozialistischen Parteien und in den Freidenkerverbänden. Sollen die ungläubigen Eltern, indem sie die Bedeutung dieser Wahl unterschätzen, von der Wahlurne fern bleiben, so würden unsere Gegner aus dem hohen Prozenz der ihnen günstigen Stimmen Kapital schlagen und trotz aller Demokratie und Gewissenhaftigkeit sich für berechtigt halten, der konfessionellen Schule das Leben möglichst teuer, wenn nicht unmöglich zu machen. Die Abstimmung über die Elternvereine scheint nach der Ansicht unserer Gegner eine Urabstimmung über den religiösen Beginn, welchen Charakter unserer Schulen werden zu sollen. Ob unsere Eltern sich dieser Bedeutung der nahen Elternratswahl voll bewußt sind? Grundrissliche Aufklärung ist das unbedingte Gebot der Stunde.

3. Die bedeutungsvollste, ebenfalls nahe bevorstehende Entscheidung unserer Eltern ist die angeordnete Wahl zwischen den Schularten. Es ist das jene Wahl, durch die die einzelnen Eltern ihre einzelnen Kinder endgültig einer bestimmten Schulart zuweisen, sei es der katholischen oder evangelischen, sei es der humanistischen oder der religiösen oder weltlichen Schule. Gerade diese Entscheidung ist die folgenschwerste; darüber braucht kein Wort verloren zu werden; und wer immer für die Verteidigung und Wider-erhaltung des Glaubens Christi in unserem Volke einzutreten und zu kämpfen bereit ist, der steht hier vor der wichtigsten religiösen Aufgabe der Gegenwart.

Man darf und muß auch hier wieder fragen: Sind unsere Eltern auf diese schwerwiegende Entscheidung vorbereitet? Können sie den kirchlichen Charakter der weltlichen Schule? Ist es ihnen klar, welche unbeschreibliche Feinde sie den Gegnern der Kirche, auch den radikalsten Atheisten bereiten würden, wenn sie womöglich auf die ver-derbliche konfessionelle Schule verzichten und sich mit der Säkularschule begnügen würden? Und er-

reuen und führen die Eltern jenen innigen Zusammenhang zwischen Religion und Erziehung, der uns zwingt, nur eine religiöse Schule als gute Schule anzuerkennen und nur in der vollkommensten religiösen Schule, d. h. in der Bismarckschule unser Schulideal zu erblicken?

Man lasse sich doch nicht vertrauensförmig hinweg über die Gefährlichkeit der gegenwärtigen Agitation und ihrer Schlagwörter. Wenn jemals, so hat in den nächsten Monaten die katholische Schulorganisation, St. Dülferdorfer, Neustadtstr. 25, mit ihren Schwestern, den katholischen Elternvereinen und Elternvereinigungen, große und entscheidende Arbeit zu leisten. Möge man überall eifrig aus- und mit den Freunden der katholischen Schule, in allen Orten und allen Familien entschlossen und geschlossen entgegenreten.

Aus dem Reich.

Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

* Berlin, 12. Jan. Der Gesetzentwurf über die Militärgerichtsbarkeit ist der Nationalversammlung zugegangen. Durch Artikel 1 wird in Uebereinstimmung mit Artikel 6 der Reichsverfassung die Militärgerichtsbarkeit außer dem Straßverfahren in Kriegsjahren und gegen die an Bord von Kriegsschiffen eingeschifften Angehörigen der Marine aufgehoben. Nach den Bestimmungen des Gesetzes sind für militärische Straftaten zukünftig die Strafgerichte der Schwurgerichte oder des Reichsgerichts zuständig. Als Verleumdung können nach Paragraph 12 auch Offiziere usw. sowie Vertreter der Soldaten gewählt oder von Amts wegen bestellt werden. Die freiwerdenden Militärgerichtsbeamten sind laut Paragraphen 24 und 25 anderweitig möglichst in der Rechtspflege zu beschäftigen. Sie sind aber zur Annahme von nichtrichtigen Verurteilungen verpflichtet. Das Inkrafttreten des Gesetzes ist für den 1. April 1920 vorgesehen.

Der Untersuchungsausschuss.

* Berlin, 12. Jan. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung wird voraussichtlich im zweiten Drittel des Jahres wieder öffentliche Sitzungen abhalten. Der Ausschuss hat beim Reichsgericht Berlin-Mitte den Antrag gestellt, es solle die Zufassung des Strafgesetzbuchs des Untersuchungsausschusses gegen ihn als unzulässig nicht ausführen, bzw. für nichtig erklären. Das Gericht hat dies abgelehnt. Darauf hat der Ausschuss bei dem Reichsgericht Beschwerde erhoben. Der Untersuchungspräsident hat jedoch den Antragsteller an das zuständige Oberlandesgericht verwiesen. Dr. Herz, der Geschäftsführer des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, beschließt nicht, auf die persönlichen Angriffe der linksradikalen Presse zu antworten, die sie wegen seiner Abweisung des Dr. Grelling gegen ihn erhoben hat. Dr. Herz war niemals der Meinung, daß Dr. Grelling vom Verbands-Verstoß betroffen sei. Es ist ihm bekannt, daß Grelling ein sehr wohlhabender Mann geworden ist.

Pflege der heimischen Mundart in den Schulen.

* Berlin, 9. Jan. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung legt nach der „Voss. Ztg.“ in einem Erlass vom 17. Dez. 1919 Wert darauf, daß auch in den Schulen die heimische Mundart die ihr gebührende Berücksichtigung findet. Besonders werden die Schulen im niederdeutschen Sprachgebiet die Achtung vor dem Plattdeutschen bei den Schülern zu begründen, das Verständnis für seine sprachliche Eigenart zu wecken und durch Proben guten plattdeutschen Schrifttums die Kenntnis des Niederdeutschen zu vertiefen haben. Der Minister bestimmt, daß in den Lehrplänen der niederdiesigen Sprachgebiete, soweit dies noch nicht geschehen sein sollte, dem Plattdeutschen besondere Beachtung zu schenken sei. Auch die in Preußen noch stark vertretene mitteldeutsche Mundart sei derselben Pflege würdig, wie das Plattdeutsche.

Falsche 50-Mark-Scheine.

* Berlin, 10. Jan. Seit kurzem sind Nachbildungen der rosafarbenen Reichsbanknoten zu 50 M. mit dem Datum des 21. 4. 1910 aufgetaucht. Die Nachbildungen sind hauptsächlich daran zu erkennen, daß die Rückseite des Papiers fehlt. Die Fälscherstempel, die den Nachbildungen fehlen, sind durch eine gelbliche Tönung des Papiers oberflächlich nachgemacht. Das Papier ist unregelmäßig beschaffen. Die Nummern bestehen aus verschiedenen Schriftcharakteren, und zwar sind die letzten drei Ziffern etwas kleiner als die anderen. Der Kreis in der Mitte der unteren Abgrenzung zur Mittelgasse ist unten rechts über dem zweiten „p“ in der Unterschrift „D. G. G. G.“ etwas abgeflacht. Vor Annahme der Fälschstoffe mit vorgenannten Kennzeichen wird gewarnt.

Nach Friedensschluß.

Von der Rheinlandkommission.

Der Rdn. Volksrat, geht folgende Mitteilung von Seiten der Alliierten zu:

Die interalliierte Rheinlandkommission hat eine Mitteilung erhalten, wonach, wenn die gemäß den Friedensbedingungen an Frankreich abzuliefernden Kohlenmengen nicht erhöht werden, die französische Regierung sich genötigt sehen wird, die für die südlichen Teile des besetzten Gebietes bestimmten Kohlenlieferungen aus dem Saargebiet einzustellen.

Diese Lieferungen waren wieder angefangen worden im Geiste der Versöhnung und auf das Versprechen der deutschen Regierung, daß sie sich ernstlich bemühen würde, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Da dieses Versprechen nicht eingehalten worden ist, kann die Verantwortlichkeit für die Einstellung der Kohlenlieferungen aus dem Saargebiet den Behörden der alliierten und assoziierten Mächte nicht zur Last gelegt werden.

In Köln sind gestern die Verhandlungen der Kommission und folgender Aufruf angeschlagen worden:

Auf Grund des Friedensvertrages übernimmt von heute ab die hohe internationale Kommission für die besetzten Rheinlande die oberste Vertretung der alliierten Regierungen in den besetzten Gebieten. Gemäß den Anweisungen der alliierten Regierungen wird sie bestrebt sein, der rheinischen Bevölkerung die Lasten der Besetzung so leicht wie möglich zu gestalten unter der einzigen ausdrücklichen Bestimmung, daß es der deutschen Regierung ernst ist, den Völkern, die ein Opfer des Krieges geworden sind, die ihnen zulehrenden Entscheidungen zu leisten. Die hohe Kommission schließt der rheinischen Bevölkerung die genaue Ausführung des Besatzungsstatus zu nach dem Buchstaben und dem Geiste nach eines Statuts, dessen außerordentlich freiheitliche Grundzüge einzig in der Weltgeschichte dastehen.

Andererseits aber werden sie in Uebereinstimmung mit der Obersten Leitung der alliierten Truppen dafür Sorge tragen, daß die Sicherheit der Truppen in keiner Weise gefährdet wird. Ohne unnötige Härte, aber auch ohne Schwäche wird sie jeden Anschlag gegen die Sicherheit jener Truppen unterdrücken, die in der Erörterung des Kampfes im Jahre 1918 die Grenze überschritten und vom Anblick ihrer zerstörten Heimatstätten erfüllt und voll Entsetzen über die Behandlung, die ihre Frauen, ihre Eltern und Kinder erdulden mußten und die trotzdem über ein ganzes Jahr den edelsten Sieg über sich selbst errangen, indem sie der rheinischen Bevölkerung die Regelung der Ordnung, die Unterstützung durch ihre Lebensmittelversorgung das Beispiel ihrer Disziplin brachten.

Die hohe Kommission erwartet die Mitwirkung der deutschen Beamten und Behörden, um im vollen Einvernehmen mit ihnen der Bevölkerung der besetzten Gebiete Ordnung, Arbeit und Frieden zu gewähren. Da sie für die öffentliche Ordnung verantwortlich ist, deren Aufrechterhaltung letzten Endes doch den alliierten Truppen zufällt, bedenkt sie der rheinischen Bevölkerung Gerechtigkeit, die Ausübung ihrer öffentlichen und privaten Rechte, die ungehinderte Beförderung ihrer legitimen Bestrebungen und ihre Wohlfahrt zu sichern. Die hohe Kommission hofft, daß das gemeinsame Leben mit der rheinischen Bevölkerung keinen Anlaß zu Reibungen gebe, sondern vielmehr den Völkern ein Mittel sein wird, sich näher kennen zu lernen und durch das Band der Arbeit, der Ordnung und des Friedens geeinigt, einem besseren Zeitalter entgegenzuführen. Koblenz, den 10. Januar 1920. Die hohe interalliierte Kommission.

Frhr. v. Bersner über die Auslieferungsfrage.

Auf die Frage eines Vertreters der Sabas-Agentur in Paris hat der bisherige deutsche Vertreter Frhr. v. Bersner folgendes erwidert:

Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch die Verbündeten die Lieberzeugung annehmen werden, daß die strenge Durchführung der Rechte, die der Friedensvertrag ihnen in dieser Frage gibt, ernste Folgen nach sich ziehen würde, nicht nur soweit Deutschland in Betracht kommt, sondern für die Ruhe und Ordnung Europas. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß die deutsche Regierung bereits vor mehr als zwei Monaten hier in Paris Schritte getan hat, um den Verbündeten in aller Offenheit die verhängnisvollen Folgen darzulegen, die sich aus einer Auslieferungs-forderung ohne Einschränkungen ergeben würden. Zu gleicher Zeit hat die deutsche Regierung schriftliche Vorschläge für die Lösung dieser heissen Frage gemacht. Der wesentliche Inhalt war, daß Deutschland sich verpflichten wolle, alle vom Verband angegebenen Beschuldigten vor dem höchsten deutschen Gerichtshof in den Angelegenheiten zu verlegen, die Anklage für sie auszubringen und in dem Gerichtsverfahren Vertreter des Verbandes als Ankläger zuzulassen und ihnen die weitestgehenden Nebenwahrungsrechte zuzugestehen. Deutschland hat inzwischen tatsächlich zu diesem Zweck die vorbereitenden Bestimmungen geschaffen, wie Ihnen bekannt ist. Wenn die Verbündeten unsere Vorschläge bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages nicht in Erwägung gezogen haben, so

schließt das keineswegs aus, daß sie die Frage neuerdings, nachdem der Friede hergestellt ist, sehr ernsthaft prüfen. Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß es sich für die Staatsmänner und für die Völker des Verbandes nicht darum handelt, Nachgebenden zu befriedigen, sondern darum, die wirklich Schuldigen gerecht zu bestrafen. Der deutsche Vorschlag scheint der geeignete zu diesem Ziel zu sein; er geht um vieles über das hinaus, was Österreich vor dem Ausbruch des Krieges für die Ermordung des Erzherzogs gefordert und was Serbien mit Zustimmung seiner Verbündeten verweigert hat. Ich kann mir nicht denken, daß unsere früheren Gegner ein Interesse daran haben könnten, die Ruhe, die durch unendliche Mühe und Arbeit wiederhergestellt worden ist, zu gefährden, indem sie in der Auslieferungsfrage darauf bestehen, die vollständige Ausübung von Rechten zu fordern, deren wirklicher Zweck auf andere Weise erreicht werden kann.

Die Auslieferungsanträge.

Dasselbige teilt mit, in diplomatischen Kreisen verläute, daß die Völkern für die Zurückziehung aller in der neutralen Zone befindlichen Reichswachtruppen mit Eintritt des Friedenszustandes innerhalb 14 Tage erfolgen muß. Der interalliierte Kontrollkommissionen werden die Durchführung der betreffenden Bestimmungen überwachen.

* Berlin, 12. Jan. Nach einer Sabas-Meldung hat der Rat der Verbündeten zur Untersuchung und Aburteilung der angeblichen deutschen Verbrecher im Kriege einen gerichtlichen Sonderausschuss eingesetzt, zu dem die verbündeten Großmächte einschließlich Amerikas je fünf richterliche Beamten entsandt haben.

Die Volksabstimmung in den Grenzorten.

1. Wo wird abgestimmt?
1. in Eupen und Malmédy.
2. in Schleswig.

1. Zone: Kreis Hadersleben, Sonderburg, Apenrade, nördliche Hälfte von Londern, Teile von Flensburg.
2. Zone: Südliche Hälfte von Londern, Flensburg-Stadt, Teile von Flensburg-Gam, Nordteile von Kreis Hadersleben.

3. in Ostpreußen: Kreise Angermünde, Königsberg, Gumbinnen, Ortelsburg, Rastenburg, Allenstein-Stadt, Allenstein-Land, Osterode, der größte Teil des Kreises Neidenburg mit Ausnahme des Südwestzipfels mit der Stadt Soldau.
4. in Westpreußen: Kreise Stuhm, Rastenburg, der Teil von Marienwerder östlich der Weichsel, der Teil von Marienwerder östlich der Weichsel.

5. in Oberschlesien: Kreise Kreuzburg, Rosenberg, Oppeln-Stadt, Groß-Strehlitz, Lublitz, Gleiwitz-Stadt, Zettlitz, Tarnowitz, Beuthen-Stadt, Beuthen-Land, Königs-Hütte-Stadt, Hindenburg (früher Zabrze), Ratibor-Stadt, Ratibor-Land, Welsch, Rybnitz, Ratibor-Stadt, Cöfel, Leobschütz, Teile von Neustadt, Teile von Ratibor-Land, Teile von Rastenburg.

2. Wann wird abgestimmt?
1. in Eupen und Malmédy werden nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von der belgischen Behörde sechs Monate lang Listen ausgelegt, in die die dortigen Bewohner den Wunsch eintragen können, daß diese Gebiete ganz oder teilweise unter deutscher Souveränität bleiben.

2. in Schleswig: in der ersten nördlichen Zone spätestens drei Wochen nach der Ratifizierung durch die deutschen Truppen; in der zweiten südlichen Zone 5 Wochen nach der Abstimmung in der ersten Zone.
3. in Ost- und Westpreußen: Der Zeitpunkt ist unbestimmt und wird von dem Verband noch festgelegt.
4. in Oberschlesien nicht früher als 6 und nicht später als 18 Monate, nachdem der Friedensvertrag in Kraft getreten ist. Das genaue Datum fest der Verband fest.

Die diplomatischen Vertreter der Verbände.

* Berlin, 12. Jan. Zu Geschäftsträgern in Berlin werden ernannt seitens Englands Kilmanrod, seitens Frankreichs Marilly, früher General-konful in Genoa, seitens Italiens Graf Delcroix, und seitens der Vereinigten Staaten der amerikanische Botschafter in Berlin, Herr Caffery. Die Legationsabgesandten sind bereits in Berlin eingetroffen. Die deutschen Vertreter in den drei Ländern sind noch nicht ernannt, jedoch ist ihre Ernennung in Kürze zu erwarten.

Vom Willensland.

* London, 12. Jan. Robert Cecil, der Präsident der geschäftstreibenden Kommission der Vereinigung

Komme sofort
und achte hohe Preise für
gebr. Nähmaschinen und
Fahrräder. Gebiete Post-
fach mit Eisenmangel.
Danzig, Reich.
Danzig, 40.

Möbel.
Kompl. Schlafkammer u.
Küchen, sowie Einzelmöbel
billigst in erst. Qualität.
Herm. S. G.
Lützowstr. 2
(Gde. Kapellstr.)
Promille Musik, samt
liber. Möbel-Reparaturen
und Renovierungen in
eigener Werkstatt.

Birnbäum,
Nirpbaum,
Rußbaum,
Bappeln,
Almen, Buchen
und sonstige Laubb. Holz
beständig zu kaufen gel.
Gde. Schen.
Beveringbaben.

Zu verkaufen:
Ein Kaminofen, gerüstet
50 Pfund Kisten, gerüstet
Bismarckstr. 13.
Bismarckstr. 13. a. 13.
u. 14. u. 15. u. 16. u. 17.
Bismarckstr. 13.

Zwei kleine Oesen
zu kaufen gesucht.
H. Schmidt, Düsseldorf.
Geerd. Burgunderstr. 45.

für den Völkerverbund, veröffentlicht in deren Namen ein Manifest, in welchem er sagt:

Der Friedensvertrag tritt heute in Kraft und mit ihm der Völkerverbund. Der Völkerverbund besteht, aber wie wird er sein? Wird er ein wirksames Wesen oder ein Leugbild sein? Es hängt von der Haltung der Völker im allgemeinen und von der des britischen Volkes im besonderen ab, das gewünschte Ergebnis zu erreichen. Es ist keine Zeit zu verlieren, denn vieles ist zu tun. Es müssen Pläne aufgestellt werden für die Einschränkung der Rüstungen, die Mandate müssen geregelt und die Mandatäre ernannt werden, der internationale Gerichtshof muß geschaffen werden. Außer diesen Aufgaben, die der Völkerverbund zur strengen Pflicht hat, muß darauf gesehen werden, daß alles vermieden wird, was künftig den Frieden stören könnte. Unter diesen Umständen zur Etablierung sind zu nennen: die Lage in Ostland und das noch in vielen Ländern Europas bestehende Chaos. Es wird Aufgabe der Vereinigung für den Völkerverbund sein, die Politik im Hinblick auf diese Pläne zu revidieren. Unsere Feinde sind die Gewalt, die Gleichgültigkeit und das Vorurteil. Wir fordern alle Männer und Frauen guten Willens auf, uns bei der Bekämpfung dieser Feinde zu unterstützen, sei es durch persönliche Dienste, sei es durch Geldgaben.

Eine Meldung aus Paris besagt, daß die erste Zusammenkunft des Völkerverbundes auf Freitag, den 16. Januar, 10.30 Uhr, festgesetzt worden ist. Boudhain wird die Sitzung mit einer kurzen Rede eröffnen. Caron vertritt Großbritannien, Martini Italien, Heimann Belgien. Der amerikanische Völkerverbund hat dem Präsidenten Wilson von der Festsetzung des Zeitpunktes Mitteilung gemacht, damit der Präsident die erste Zusammenkunft des Völkerverbundes, wie vom Versailler Vertrag vorgesehen, einberufen kann. Der Völkerverbund wird sich aber ohne die Vereinigten Staaten in sehr kurzer Zeit in Kraft stellen. Clemenceau erklärte gestern den Delegierten der anwesenden fremden Nationen, der Friedensvertrag sei jetzt unterzeichnet und er frage sie, ob sie den Wunsch hätten, Mitglieder des Völkerverbundes zu werden. Unter den von Clemenceau befragten fremden Staaten befanden sich die von Argentinien, Columbia, Chile, Dänemark, Spanien, Norwegen, Paraguay, Holland, Schweden, die Schweiz und Venezuela.

Friedensverträge im Jahre 1917.
Paris, 8. Jan. Emile Bure sagt imclair im Anschluß an die Enthüllungen über die Verhandlungen des Prinzen Sigismund von Bourbon-Parma, ob im Jahre 1917 der Friede möglich gewesen wäre. Es sei sicher, daß im Augenblick, in dem der Prinz im Namen Kaiser Karls verhandelt habe, der belgische Ministerpräsident de Broqueville und Briand von Deutschland Friedensangebote erhalten hätten, die er, Bure, noch heute für vorteilhaft ansehe. Es gab Boten, die man hätte repariert. Man hätte nur auf Verlangen von Briand auf die Vorteile verzichten müssen, die Frankreichs Alliierte ihm am Rhein zugesichert hätten. Man müsse sich erinnern, daß 1917 Deutschland auf den Schlachtfeldern siegreich gewesen sei und daß der Verband nichts von seiner schlechten Lage gewußt habe, das zeige hinlänglich der eindringliche Brief, den Clemenceau, Lloyd George und Orlando an die amerikanische Regierung gerichtet hätten, um sie zu bitten, die Auslieferung der Truppen zu beschleunigen. Herr Ribot habe bis jetzt keine Politik gut verteidigt, aber er müsse nunmehr sagen, warum er die Unterhandlungen, die mit ihm durch Vermittlung des Prinzen Sigismund angeknüpft worden seien, abgebrochen habe, und warum er schließlich seine Zuflucht zum Grafen Armand genommen, um sie unter viel weniger günstigen Bedingungen wieder aufzunehmen. Es würden bald Dokumente veröffentlicht, die alle Staatsmänner, die während des Krieges Frankreich regiert hätten, einschließlich Clemenceau, zwingen würden, sich auszusprechen.

Zur Eisenbahnerbewegung.

Düsseldorf, 12. Jan. Die Streiklage ist im allgemeinen unverändert. Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Spernung von Gas und Strom in den Bahnbereits, Rinos, Vorties und Konzentralen ist deshalb notwendig geworden, weil nur unter dieser Bedingung die Strecken für den Verkehr freigegeben werden können. Die Bedingungen derselben erforderten auch weiter die Absperrung der wirtschaftlichen Betriebe seitens des Elektrizitätswerkes. Durch diese Maßnahme wurden 10 000 Arbeiter arbeitslos. Bisher konnte die Arbeitszeit noch auf sechs Stunden aufrechterhalten werden. Eine Milderung konnte trotz aller Bemühungen nicht erzielt werden.

Essen, 12. Jan. Die Eisenbahndirektion Essen veröffentlicht folgende Bekanntmachung an sämtliche Eisenbahndienststellen des Direktionsbezirks Essen: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 und der darauf erlassenen Verordnung des Militärbehaltshabers der Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden vom gleichen Tage wird folgendes bekannt gegeben: 1. Alle Bediensteten werden aufgefordert, sich jeder unbefugten Einmischung in Betrieb und Verkehr der Eisenbahn zu enthalten. 2. Der Dienst ist an allen Stellen sofort wieder aufzunehmen. 3. Rohnbedienstete, die ihre Arbeit nicht spätestens am Mittwoch, den 14. Januar früh pünktlich wieder aufnehmen, sind auf Grund des § 21 der Arbeitsdienstverordnung für die Preussisch-Heftischen Staatsbahnen entlassen.

Essen, 13. Jan. Der Eisenbahnerstreik im Rheinisch-westfälischen Industriebezirk dauert auch heute noch unverändert an. Gegenüber der Erklärung der Eisenbahnbewegung, daß alle Strecken, die bis morgen früh die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, entlassen sein, wird einseitig noch überall die Fortsetzung des Ausstandes proklamiert. Die Aufrechterhaltung der Kohlentransporte als Notstandsarbeit wird von den Streikenden abgelehnt, weil die Eingebung der Kohlentransporte in die Notstandsarbeit für Streikrecht illusorisch mache.

Münster, 12. Jan. Die Eisenbahner im Rheinisch-westfälischen Industriebezirk haben in der heute abend abgehaltenen Versammlung mit großer Mehrheit beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Vor dem Zusammenbruch.

Subwoisshafen a. Rh., 12. Jan. Eine Rüstung von nicht weniger als 1800 Arbeitern, die allerdings erst im vergangenen Jahre eingestellt worden waren, hat infolge des Kohlenmangels und der dadurch bedingten Betriebsmangel die hiesige Rüstungs- und Eisenschmelzwerke vornehmen.

Stuttgart, 12. Jan. Die Kohlenverförmung Württembergs steht vor dem Zusammenbruch. Bei einem Eisenbahnerstreik wird ein völliger Stillstand der Gas- und Elektrizitätswerke sowie der Industrie eintreten. Vorräte sind nirgend vorhanden.

Aus dem Kohlen- und Industriegebiet.
Hamborn, 12. Jan. Von den Märdern sind bereits 400 Personen, meist Jugendliche, verhaftet und nach Bielefeld gebracht worden. Unter ihnen befand sich ein Bergmann, der allein für 20 000 M. Schmelzladungen erbeutet hatte.

Hamborn, 13. Jan. Gestern nachmittag hat sich die Belegschaft der Zeche Reumühl in Hamborn-Reumühl auf allen Schächten dem Ausstand angeschlossen. Sie haben dieselben Forderungen wie die anderen ausständigen Belegschaften gestellt.

Hamborn, 13. Jan. Die gestrigen Ruhestörungen sind noch im Laufe der Nacht durch das Eingreifen der Arbeiter, Sicherheits- und Einwohnervorwehren beendet worden. Die öffentliche Ruhe ist wiederhergestellt.

Dortmund, 13. Jan. Eine heute früh am Friedenbaum abgehaltene Eisenbahnerversammlung beschloß nach erregter Aussprache, weiter im Ausstand zu verharren und sich keiner öffentlichen Abstimmung zu unterwerfen, sondern sich nur einer geheimen Abstimmung für den Bezirk Essen zu fügen.

Abbruch des Streiks in Elberfeld.

Elberfeld, 13. Jan. Die Zentralstreikleitung der Eisenbahner gibt bekannt, daß sie infolge der von der Regierung vernünftigen Maßnahmen und der dabei gegebenen Versicherungen dem Streik im Eisenbahndirektionsbezirk Elberfeld abbrechen zu lassen. Die Arbeiter sind bereits in großer Zahl zur Arbeit zurückgekehrt, und auf einigen Nebenstrecken haben heute vormittag bereits Personenzüge wieder verkehren können. Von morgen an wird voraussichtlich der gesamte Personen- und Schnellzugverkehr wieder aufgenommen werden, vorausgesetzt, daß wie erwartet wird, die Arbeiter morgen wieder voll zum Dienst erscheinen. Der Güterverkehr wird erst allmählich wieder in Gang kommen, in erster Linie werden Kohlen- und Lebensmittellieferungen gefahren werden.

Düsseldorf, 13. Jan. Unter Vorbehalt nehmen in dem engen Bezirk Düsseldorf die ausländischen Eisenbahner heute die Arbeit wieder auf. Der Vorbehalt geht dahin, daß die Regierung bis zum 28. Januar die in den Verhandlungen ausgesprochenen Forderungen durchzuführen werde, andernfalls die Eisenbahner wieder geschlossen in den Ausstand treten würden.

Essen noch ausständig.

Essen, 13. Jan. Im Rheinisch-westfälischen Industriebezirk scheint sich eine Wendung vorzubereiten. Im Bezirk der Elberfelder Eisenbahndirektion, wo die Streikbewegung ihren Anfang genommen hatte, haben die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen und sind in verschiedenen Orten heute nachmittag zum großen Teil schon wieder zur Arbeit erschienen. Im Bezirk der Essener Direktion ist dagegen noch nirgendwo die Arbeit wieder aufgenommen worden. In Essen und Dortmund wurde im Gegenteil noch heute die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen. Man erwartet aber, daß auch im Essener Bezirk nach dem Abbruch des Streiks in Elberfeld morgen auch hier die Streikflut nachlassen wird.

Energetische Maßnahmen.

Berlin, 13. Jan. In einer gemeinsamen Beratung von Vertretern der Reichs- und preussischen Landesregierung sind energische Maßnahmen gegen die allgemeine Verkehrssabotage getroffen worden. Zunächst wird, wenn alle anderen Mittel versagen, für die preussisch-heftigen Eisenbahnen ein Eisenbahndiktator ernannt werden.

Ein Sturm auf den Reichstag.

Ein Sturm auf den Reichstag.

Berlin, 13. Jan. Das Reichstagsgebäude war heute nachmittag nur von verhältnismäßig schwachen Märdern der Sicherheitsbeamten besetzt. In den Nachmittagsstunden wuchs die Masse der Demonstranten stark an, und die Befestigungen der Sicherheitsbeamten nahmen derart zu, daß man schließlich Verstärkungen heranziehen mußte. Während der größte Teil der Demonstranten, nachdem sie verschiedene Abgeordnete der Unabhängigen Partei mit ihren Wünschen bekannt gemacht hatten, sich wieder entfernten, blieben noch viele Tausende in den Zugangsstraßen wie eine Mauer stehen. Es wurden Flugblätter verbreitet, die von der kommunistischen Partei Deutschlands (Epartakusbund) unterzeichnet waren, die überaus scharfe Angriffe gegen Noske, Ebert und Scheide-mann enthielten, mit Überschriften wie: Ebert oder Rutenbock. Zum Schluß wurde in großen Bettern aufgeführt: Macht euch bereit. Nieder mit der Militär-Monarchie! Es lebe die Proletarier-Diktatur! Durch diesen Aufruf angefeuert, hielten Einzelne Schmähe gegen die Nationalversammlung und die grüne Polizei, so daß schließlich eine Anzahl Demonstranten sich dazu hinreissen ließ, das Portal nach dem Tiergarten zu stürmen. Trotz aller Warnungen und trotz der ruhigen Haltung war es nicht gelungen, die Menge zum Auseinandergehen zu bringen. Da die Gefahr bestand, daß die Sicherheitsbeamten übermächtig würden, mußte zur Schusswaffe gegriffen werden, und man gab aus Gewehren und Maschinengewehren Feuer auf die Menge ab, so daß eine Anzahl — die Höhe steht noch nicht fest — getötet oder verwundet wurde. Sehr bedrohlich gestaltete sich die Lage für die Sicherheitsmannschaften am Bismarckdenkmal. Die Menge fiel über sie her, raubte ihnen die Karabiner und schloß damit auf die Beamten. Ein Teil der Waffen wurde zertrümmert. Mehrere Sicherheitsbeamte wurden erheblich ver-

letzt. Einem Offizier wurden die Achselstücke heruntergerissen. Gegen 4 Uhr wurde der Platz gesäubert. Inzwischen rollten Sanitätsautos heran, um die Toten sowie die Schwerverwundeten, auch einige Leichtverletzte, in die Krankenhäuser zu schaffen.

Berlin, 13. Jan. Nach den gemachten Feststellungen war die Sicherheitswehr von der Menge angegriffen und teilweise ent- waffnet worden. Daraufhin hat die Ortswehr das Feuer eröffnet. Die Nationalversammlung wurde durch diesen Zwischenfall unterbrochen.

10 Tote, viele Verwundete.
Nach bisherigen Feststellungen sind bei dem Tumulte 10 Personen ums Leben gekommen, während eine größere Anzahl verletzt wurde.

Die Reichstagsführung.

Berlin, 13. Jan. Vor Eintritt in die Tages- ordnung erhebt Abg. Geher (Unabhängiger) Ein- spruch gegen die Belegung des Hauses mit Maschi- nengewehren. Es sei dem Parlamentes unwürdig, unter solchen Umständen zu tagen. (Rachen bei der Mehrheit)

Präsident Fehrenbach: Ich hatte weder das Recht noch den Anstand, die von der Regierung für notwendig erachteten Sicherheitsmaßnahmen zu unterbinden.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Während des Berichtes, der vom Abg. Schnei- der (Demokrat) erstattet wird, werden im Saal Gerüchte über die vor dem Hause stattfindenden Kämpfe laut, worauf die Unabhängigen, von Tri- bünenbesuchern unterstützt, mit wilden lärmenden Zurufen die Schließung der Sitzung zu erzwingen suchen. Präsident Fehrenbach verläßt, als der Lärm die Fortsetzung des Berichtes unmöglich macht, um 3¼ Uhr den Präsidentensitz.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung wie- der um 4 Uhr 10 Minuten mit dem Ausdruck schmerzlichen Bedauerns, daß die Unruhen vor dem Reichstagsgebäude Verwundungen, und zwar auch solche tödlicher Art, geordert haben. Es kommt jetzt alles darauf an, wegen des Eindringens im Reiche und im Auslande die Ruhe zu bewahren.

Abg. Geher (Unabhängiger): In meiner Er- regung bin ich nicht imstande, jetzt der Beratung beizuwohnen.

Ein Verabredungsantrag der Unabhängigen fin- det nur die unzureichende Unterstützung der An- tragsteller.

Abg. Schneider (Demokrat) versucht ver- geßlich, seinen Bericht weiter zu erstatten. Die Unabhängigen lärmten fortwährend durch Schluß- rufe. Es folgen mehrmals drei dreimal wiederholte Ordnungsrufe. Als der Lärm fortwährte, erklärte der Präsident um 4¼ Uhr: Ich unterbreche die Sitzung um eine Viertelstunde und unterlege den Abgeordneten Rauten, Dittel und Geher an der nächsten Sitzung teilzunehmen.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung wieder um 5 Uhr 10 Minuten. (Die Abgeordneten Rauten, Dittel und Geher-Sachsen sind im Saale anwesend) mit folgenden Worten: Jetzt steht leider die betrübliche Tatsache fest, daß vielleicht zehn Todesfälle zu verzeichnen sind. Das ändert die Sachlage. Die Toten sind zum Teil in unter- haus gebracht worden. Umgehend dessen schlage ich jetzt selbst vor, sich zu verlegen. Für die Opfer habe ich schmerzliche Bedauern und spreche den Angehörigen das beste Mitgefühl der Natio- nalsversammlung aus. Die Mitglieder hören stehend diese Ankündigung an.

Hierauf wird die Sitzung auf Mittwoch 10 Uhr verlegt. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Betriebsrätegesetzes. Schluß 5¼ Uhr.

Die Unabhängigen für sachliche Beratung.

Berlin, 13. Jan. Wie die Politisch-Parla- mentarischen Nachrichten aus parlamentarischen Kreisen erfahren, haben sich die Unabhängigen bereit erklärt, die Verhandlungen der Nationalver- sammlung nicht weiter zu führen und haben diesen Beschluß den anderen Fraktionen noch im Laufe des Dienstags abend mitgeteilt.

Ausnahmezustand in Preußen.

Berlin, 13. Jan. Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung befreit der zur Wie- derherstellung der öffentlichen Sicherheit und Or- dnung nötigen Maßnahmen hat der Reichspräsident für das Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und der von ihnen umschlossenen Gebiete den Ausnahmezustand verhängt.

Auf Grund des Ausnahmezustandes übernahm Reichswehrminister Noske persönlich die voll- ziehende Gewalt für Berlin und die Mark Bran- denburg. Als Zivilkommissar wurde der Berliner Polizeipräsident Ernst bestellt.

Unruhen und Veranlassungen unter freiem Himmel werden verboten. Erneute Versuche, die Tagung der Nationalversammlung zu stören, wer- den mit rücksichtsloser Waffenanwendung verhin- dert werden.

Stadtverordnetenversammlung.

Reuß, 14. Januar 1920.

Der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten, die Herr Oberbürgermeister Gieseler leitete, lagen 39 Punkte zur Beratung vor, davon wurden 35 in öffent- licher Sitzung erledigt. Die Sitzung begann pünktlich um 5 Uhr. Gegen 10 Uhr konnte das Kollegium in die geheime Sitzung eintreten.

Einführung von Stadtverordneten.
Die Stadtverordneten Josef Jollen und Gieseler, die in der ersten Sitzung nicht anwesend sein konnten, wur- den vom Vorsitzenden eingeführt und durch Beschluß auf Ersatzpflicht verpflichtet.

Stadth. Böhner fragt, ob eine Geschäftsordnung für die Verhandlungen bestünde.

Vorl.: Man habe sich nach der üblichen parlamen- tarischen Geschäftsordnung gerichtet.

Wahlbez. Ergänzung von Kommissionen.
Anschließend wurde der Rat der Kommissionen der kaufmännischen und gewerblichen Fortbildungsschule.

Bei der Wahl des Stadtschulrates

der aus vier Mitgliedern besteht, wurden die Herren B. Rügen mit 26, Direktor Stammen mit 38, Telegra- phenleiter Meery mit 30, Arbeitsnachweisbeamter Lange mit 31 Stimmen gewählt.

Wir werden die übrigen Ergebnisse noch nachtragen.

Ergänzungswahl der Schuldeputation.

Für die früheren Stadtverordneten Justizrat Rügen und Paul Jollen war eine Neuwahl vorzunehmen.

Stadth. Thoma: Im Namen der Zentrumspar- tei und der Deutschen Volkspartei schlage er den Herrn Stadth. Jollen vor.

Die Mehrheitspartei schlägt Stadth. Braun vor, die Unabhängigen Stadth. Hoopmann.

Bei der Stimmzettelwahl erhielt Stadth. Jollen 23, Stadth. Braun 21, Stadth. Hoopmann 9 Stimmen. Die beiden ersten sind also gewählt. Die übrigen Stim- men waren gesplitzelt.

Erhebung von Tagelöhnen an die Gemeindevertreter.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, für jede Stadtratsmitglied den Gemeindeverordneten 10 Mark, für jede Kommmissionsmitglied 6 Mark zu vergüten, wurde mit Majorität angenommen.

Antrag auf Verlegung der Stadt Reuß in die

Stadtkasse A.

Der Antrag: Verlegung der Stadt Reuß aus der Stadtkasse C in die Stadtkasse A wurde einstimmig ange- nommen.

Der Antrag wird bei der Regierung u. a. damit begründet werden, daß sogar Oberkassier der Stadtkasse A sei und Reuß zu gleich teuren Städten wie Bis- dorfer uhn. gehöre.

Hilfe für Ostpreußen.

Für den Zweck wurden 5000 Mark bewilligt.

Erhebung eines Zuschlages zur Wertungsschulsteuer.

Es wurde die Erhebung eines Zuschlages zur Wert- ungsschulsteuer von 100 Prozent beschlossen.

Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer-Zahlung.

Da die Steuerzettel für die Gemeindezuschläge noch demnach ausgestellt werden, wird auf Antrag des Stadtrats, die Zahlungstermine auf 5. Januar, 25. Februar, 10. April und 20. Mai festzusetzen.

Änderung der Bestimmungen für die Gewährung von

Nachschüssen an Grundbesitzbesitzer zur Verteilung

von Beiträgen und Kosten.

Als Höchstsumme wurden 7000 Mark festgesetzt. Die Einzelheiten soll die Kommission entscheiden.

Erklärung eines Erhaltungssystems für Kinder.

Stadth. Gesellschaftsinspektor Müller begründet die Vorlage. Es soll ein Gelände von 50 Morgen von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. 20 Morgen sol- len mit Bäumen bepflanzt werden, 10 Morgen Weiden und 10 Morgen Feld sein. Ein Teil der Gärten wird zu einem Spielplatz und dem Bau des Heims dienen. Die Kosten sind ohne Bauland auf 450 000 Mark veran- schlagt. Der jährliche Zuschuß auf 65 000 Mark pro Jahr. Dafür werden die Kosten für die Ferienkinder fortlassen. Wir werden auf die Vorlage, die einer Kommission überwiegen wurde, zurückkommen.

Antrag auf Erhebung einer städtischen

Reiseverpflegungsschule.

Die Sache wurde einer Kommission überwiesen, die aus 11 Herren besteht.

Erhöhung der Tarife der Straßenbahn.

Der Straßenbahntarif wurde von 25 auf 30 Pf. für die einzelne Fahrt, von 1.40 auf 1.75 Mk. für die Arbeiterwochenkarte und von 10.50 auf 13 Mark für die Monatskarte erhöht.

Arbeiterwochenkarten sollen auch an Angestellte bis zu 7000 Mark Jahresgehalt abgegeben werden können.

Erwerb von Straßengelände.

Die Vorlage wurde genehmigt.

Erhöhung der Armenunterstützungssätze.

Es liegen folgende Anträge vor: 1) Antrag Dästerwald: a) Beibehaltung der jetzigen Tarife; b) Erhöhung derselben in außer- gewöhnlichen Fällen bis zu 75 Proz. Erfordert ein Mehr für das vierte Quartal von 5000 Mark.

2) Antrag Frings: a) Beibehaltung der jetzigen Tarife; b) Erhöhung derselben in besonderen Fällen um 40 Proz.; c) Erhöhung des besonderen Fonds von 3000 Mark auf 6000 Mark. Erfordert ein Mehr für das vierte Quartal von 2800 Mark und 3000 Mark, zusammen 5800 Mark.

3) Antrag Dästerwald: Allgemeine Erhöhung der bestehenden Tarife um 50 Prozent und um weite- re 25 Prozent in besonderen Fällen. Erfordert ein Mehr für das vierte Quartal von 13 000 Mark.

4) Antrag der Verwaltung: a) Allge- meine Erhöhung der jetzigen Tarife um 20 Prozent; b) Erhöhung derselben in besonderen Fällen um 30 Prozent; c) Erhöhung des besonderen Fonds von 3000 Mark auf 6000 Mark; d) der Arbeitsdienst von er- werbsfähigen Kindern in der Familie ist inwieweit auf die Unterhaltung anzurechnen, als er den Betrag von 20 Mark wöchentlich übersteigt. Erfordert ein Mehr für das vierte Quartal von 6000 Mark und 8000 Mark, zusammen 9000 Mark.

Der Antrag der Verwaltung wurde angenommen mit der Wendung, daß der Lohn von arbeitsfähigen Kindern erst dann angesetzt werden soll, wenn er 40 Mark pro Woche übersteigt.

Erwerb eines Geländestücks an der Größstraße.

Der von der Firma von Endert aufgelegte Teil der Größstraße wurde, soweit er nicht in die Straße fällt, zu 4500 Mark von der Stadt übernommen.

Festsetzung von Anerkennungsgeldern.

Es wurden eine Reihe Anerkennungsgeldern fest- gesetzt.

Aufnahme eines Weges in das Begelegenfeld.

Der Antrag wurde angenommen.

Beibehaltung des Müllersplatzes.

Es wurde beschlossen, die Strohen um den Müllers- platz mit einem Kostenaufwand von 28 500 Mark mit darrierten Steinen zu pflastern. Die Anglieder müssen 35 Prozent mit 975 Mark dazu beitragen, das ist 66.50 Mark je Frontmeter. Der Antrag, den ganzen Müllersplatz in Kleinpflaster zu legen, wurde verlegt.

Antrag auf Ausbau der Feuerwehre.

Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen.

Kesselanlage im städtischen Krankenhaus.

Es wurden dafür 23 000 Mark bewilligt.

Nichtanlage in den Häufen Büchel 2 und Markt 12.

Die Kosten werden mit 1700 Mark bewilligt.

Anlage einer elektrischen Lichtleitung im städtischen

Fußpark.

Die Kosten betragen 2292 Mark.

Vertrag zum Leihbau Holzhelm-Ostern.

Es wurde beschlossen, den in Aussicht gestellten Ver- trag von 30 000 Mark zu diesem Bauwerk nur zu zah- len, wenn die von der Stadt dabei ausdrücklich gemachte Bedingung, daß ihr der Ringbahnanschluß im Bahnhof Holzhelm ermöglicht wird, erfüllt werde.

Gewährung von Veteranenbeihilfen.

Von 94 Veteranen aus den früheren Kriegen sind 24 bedürftig, alle sind über 72 Jahre alt. Es wurde beschlossen ihnen bis 1. April eine Beihilfe von 3000 Mark zu bewilligen und auch die in Anstellen unterge- brachten zu bedenken. Die weitere Unterstützung soll nach beschlossen werden.

Stroßenbauverträge.

Der Vertrag bezüglich der Friedensstraße wurde genehmigt.

Bewilligung von Feuerungszulagen.

Es lag folgender Antrag der Verwaltung vor: Bis zur endgültigen Regelung soll den Beamten als Provisorium eine „Ausgleichszulage“ gewährt werden,

Haarlich

Vorweg

Die

halt ge

die dur

welche

worden

Begü

sch nach

Stadth

Beihilf

Gehalt

von ab

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

„ „

